



PUG 11



## 1. Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

### 1.1 Strukturprinzipien des Grundgesetzes

#### Art. 20 GG

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat**.
- (2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der **Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung** ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das **Recht zum Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.
- Nach Art. 79 GG ist eine Änderung der Grundsätze des Art. 20 unzulässig.

Diese Sätze sind in den ersten Absätzen des Artikels 20 des Grundgesetzes (GG) für die Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben. Sie werden als "Verfassung in Kurzform" bezeichnet, denn sie enthalten deren wichtigste Strukturprinzipien.

1

## Das Grundgesetz in Deutschland

### Oberste Prinzipien:

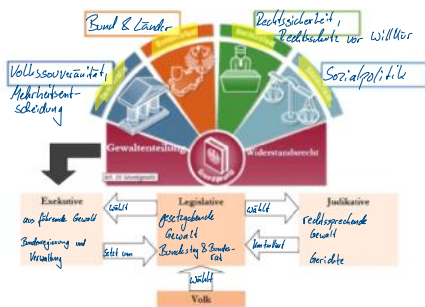
- **Art. 1** :- Die **Würde des Menschen** ist unantastbar
- **Art. 20** :- Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat**
  - Alle Gewalt geht vom Volke aus
- **Art. 73**: Art. 1 und Art. 20 GG dürfen **nicht geändert** werden.



PUG 11



### Gewaltenteilung in Deutschland



#### Arbeitsauftrag:

Ordnen Sie die Überschriften auf der nachfolgenden Seite den Beschreibungen zu.

2

Demokratie, Bundesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Sozialstaatlichkeit, Widerstandsrecht

### Prinzip 1: Widerstandsrecht

Kann durch das Volk beansprucht werden, sofern eine Beeinträchtigung der verfassungsrechtlichen Ordnung der BRD droht, d. h. wenn Gerichte und Parlamente nicht mehr handlungsfähig sind (z. B. durch politischen Umsturzversuch). Wichtiger Begriff in diesem Zusammenhang: ultima Ratio = letzter Lösungsweg oder letztes Mittel

### Prinzip 2: Gewaltenteilung

Bedeutet, dass die Gesetzgebung (Parlamente), die Ausführung der Gesetze (Regierung und Verwaltung) und Rechtsprechung (Gerichte) von verschiedenen, voneinander unabhängigen Personen und Personengruppen durchgeführt werden soll. Wichtige Begriffe in diesem Zusammenhang: vertikal und horizontal

### Prinzip 3: Demokratie

Bedeutet eine Staatsordnung, welche auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde beruht. Alle Staatsgewalt soll vom Volk ausgehen → Volkssouveränität (d. h. indirekte Staatsgewalt über gewählte Abgeordnete). Wichtige Begriffe in diesem Zusammenhang: Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz

### Prinzip 4: Rechtsstaatlichkeit

Bedeutet, dass die staatliche Gewalt an die Verfassung und die Rechtsprechung gebunden ist. Alle Maßnahmen der Staatsorgane können von unabhängigen Richtern überprüft werden. Voraussetzung für dieses Prinzip sind die in der Verfassung zugesicherten Grundrechte (Freiheitsrechte), die Gewaltenteilung und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Wichtige Begriffe: Rechtssicherheit, Rechtsgleichheit und Rechtsunabhängigkeit.

### Prinzip 5: Sozialstaatlichkeit

Verpflichtet den Staat, die sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse zu gestalten. Dazu gehören wirtschaftspolitische Aktivitäten, um z. B. die Entwicklung der Wirtschaft zu ermöglichen oder Arbeitslosigkeit abzubauen. Ebenso müssen soziale Maßnahmen ergriffen werden, um in Not geratene Bürgerinnen und Bürgern das Existenzminimum zu sichern. Mit Vorsorgeeinrichtungen sollen die Menschen im Alter bei Krankheit oder Unfällen geschützt werden (z. B. Renten).

### Prinzip 6: Bundesstaatlichkeit

bezeichnet allgemein die Vereinigung souveräner (selbstständiger) Staaten zu einem Bund auf den bestimmte Rechte und Aufgaben übertragen werden. In der BRD haben deshalb die (16) Bundesländer einerseits eigene Länderparlamente, -regierungen und -gerichte, andererseits wirken sie über den Bundesrat an der Bundespolitik mit. Man nennt dieses staatliche Organisationsprinzip auch Föderalismus. Die föderale (bundesstaatliche) Ordnung trägt der Verbundenheit der Menschen mit ihren Regionen und kulturellen Besonderheiten Rechnung

3

horizontal = Alle stehen auf einer Ebene (Bundesregierung, Bundestag, Bundesverfassungsgericht)

vertikal = Es gibt eine „Rangfolge“  
Bundestag → Landtag → Kreisrat ...

⇒ Föderalismus

↳ Vorteile: - Die Macht wird aufgeteilt

- Politik kann besser auf regionale

Gegebenheiten eingehen

- Bürger sind mehr in polit. Entscheidungen eingebunden

↳ Nachteile: - Hoher Aufwand

↳ Wahlen

↳ Kommunikation

↳ Kosten

- Ungleichheit zw. Bundesländern



## 1.1. Demokratie

### 1.1.1. Was ist Demokratie

#### Arbeitsauftrag:

1. Lesen Sie den Informationstext und verschaffen Sie sich einen Überblick.
2. Fertigen Sie eine Übersicht in dem Sie Ihre Fragestellung erklären.
3. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse

#### Fragestellungen Gruppe A

1. Auf welche Prinzipien kann die Demokratie des GG zurückgeführt werden?
2. Welche Argumente sprechen für die Beibehaltung der repräsentativen (indirekten) Demokratie, welche dagegen?

#### Fragestellung Gruppe B

1. Was versteht man unter freiheitlich demokratischer Grundordnung?
2. Welche grundlegenden Prinzipien zählen zu dieser Ordnung?

4

### Die Demokratie des Grundgesetzes

Mit dem Artikel 20 (1) GG legt das Grundgesetz die Demokratie **wörtlich übersetzt „Herrschaft des Volkes“** als die Grundlage und den Rahmen unserer Verfassungsordnung fest. Die Demokratie des Grundgesetzes kann auf einige wenige Prinzipien zurückgeführt werden:

**Volkssouveränität:** Jede staatliche Machtausübung muss **durch das Volk legitimiert** sein. Die staatlichen Organe müssen entweder, wie die Parlamente (= Volksvertretung), aus **Volkswahlen** hervorgehen oder, wie die Regierung und die von ihr berufene Verwaltung, von den gewählten Repräsentanten eingesetzt werden. Die Amtsinhaber sind dem Volk bzw. seinen Repräsentanten verantwortlich und können aus ihrem Amt entfernt werden. Volkssouveränität bedeutet, nur das Volk hat das Recht zu bestimmen, wer die politische Macht ausüben darf.

**Repräsentativsystem:** Die Verfassungsgeber haben sich für ein reines Repräsentativsystem entschieden. **Das Volk übt die Staatsgewalt nicht direkt aus**, sondern überträgt sie durch Wahlen den Abgeordneten, die in seinem Auftrag die Entscheidungen im Staat treffen. Dagegen enthalten fast alle Landesverfassungen Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide. Die Entscheidung gegen die Aufnahme von Elementen direkter Demokratie in das Grundgesetz wurden durch die negativen Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik beeinflusst. In den letzten Jahrzehnten wurden immer wieder Forderungen nach einer direkten Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen laut. Der Erfolg der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR gab diesen Forderungen neuen Auftrieb. Die entsprechenden Anträge fanden in der Verfassungskommission jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

**Mehrheitsprinzip:** In einer Demokratie gilt der Grundsatz, dass bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und dass die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Sie hat dafür die Chance, bei künftigen Wahlen und Abstimmungen ihrerseits die Mehrheit zu erringen und kann erwarten, dass dann ihre Entscheidungen respektiert werden. Das Mehrheitsprinzip ist eine Kompromisslösung. Die Entscheidung der Mehrheit muss nicht „richtig“ sein. Das Mehrheitsprinzip gewährleistet aber, dass Konflikte friedlich ausgetragen werden.

### Freiheitliche demokratische Grundordnung

Nach dem Bundesverfassungsgericht (Urteil von 1952) lässt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: „Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

5

Alle Macht geht vom Volk durch Wahlen aus.

Indirekte Demokratie:

Das Volk wählt repräsentanten,  
die dann politische Entscheidungen treffen

direkte Demokratie:

Das Volk ist im politischen  
Entscheidungsprozess eingebunden (Volkswahlen)

Mehrheitsentscheidung ist eine Kompromisslösung

→ Die Meinung der Mehrheit wird umgesetzt

### Argumente für und gegen direkte Demokratie

#### Pro

Die Zeit ist gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen einzuräumen. Das Deutschland von heute ist mit der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Demokratisches Bewusstsein und Informationsgrad der Bevölkerung sind heute ungleich höher als damals. Die Verfassungen der meisten alten und aller neuen Bundesländer sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Sie sind auch vielfach praktiziert worden, teilweise mit großem Erfolg und ohne negative Begleiterscheinungen. Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass sie zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden. Die Mindestbeteiligung kann hoch angesetzt werden, um die Durchsetzung von Minderheitsinteressen zu verhindern. Es können lange Fristen für eine umfassende Information der Bevölkerung vorgesehen werden, um Manipulationen und Entscheidungen aufgrund kurzfristiger Stimmungen zu erschweren. Das repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Das Parlament bleibt der Ort politischer Auseinandersetzung und Entscheidung. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.

#### Contra

Der Parlamentarische Rat hat sich auf Grund der schlechten Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik für eine reine Repräsentativdemokratie entschieden. Es gibt keinen Grund, an dieser Entscheidung zu rütteln. Elemente direkter Demokratie sind auf kommunaler und Landesebene wegen der Überschaubarkeit der zu entscheidenden Fragen und der geringen Zahl der Abstimmungsberechtigten praktikabel. Für die komplexen Probleme der Bundespolitik sind sie nicht geeignet. Für Volksbefragungen müssen komplizierte politische Probleme auf eine einfache Ja-oder-Nein-Alternative reduziert werden. Entscheidungen in der pluralistischen Demokratie sind aber auf Kompromisse angelegt. Aktive, gut organisierte Minderheiten können ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen. Der Manipulation würde Tür und Tor geöffnet. Macht würde denen zufallen, die dem Volk vorzulegenden Fragen formulieren und Zugang zu den Medien haben. Direkte Demokratie ist eine „Prämie für jeden Demagogen“ (Theodor Heuss). Ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz kann leicht den Anschein größerer Legitimität gewinnen. Es ist auch weniger korrigierbar als parlamentarische Entscheidungen. Es könnte sich die Tendenz entwickeln, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen.

6

## Was ist Demokratie?

Demokratie =

## → Grundprinzipien der Demokratie

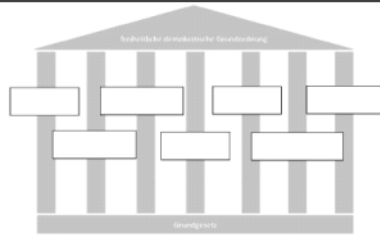
Prinzip: \_\_\_\_\_

Demokratie

Prinzip: \_\_\_\_\_

Prinzip: \_\_\_\_\_

## → Freiheitliche demokratische Ordnung



## 1.1.1. Gemischte Übungen

Öffnen Sie den untenstehenden Link und bearbeiten Sie die Übungsaufgaben.

<https://learningapps.org/watch?v=psrb93qik22>
